



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/05967**  
Datum: 26.07.2023  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Thomas Schied  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.08.2023	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	10.10.2023 07.11.2023 05.12.2023	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	18.10.2023 15.11.2023 13.12.2023	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.10.2023 22.11.2023 20.12.2023	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion „Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig“ zur Vorbeugung der Yuppiesierung von Stadtquartieren**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen und für deren Umsetzung ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt wird, einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen, mit dem abgesichert wird, dass 20 Prozent der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltnietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20 Prozent nicht übersteigt.
2. Es ist sicherzustellen, dass diese Wohnungen auch an die Zielgruppen, für die sie vorgesehen sind, vermietet werden.

gez. Dörte Jacobi  
Vorsitzende der Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig

### **Begründung:**

Der Stadtrat hat im Jahr 2018 ein wohnungspolitisches Konzept beschlossen. Darin wird die Beachtung von sozialer Verträglichkeit und Diversität bei größeren Neubau- und Modernisierungsprojekten gefordert. Konkret bedeutet das, dass „Im Rahmen von größeren Neubau- und Modernisierungsprojekten ein angemessener Anteil an Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten für Haushalte mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, jedoch ohne KdU-Anspruch, bereitgestellt werden soll. (z. B. Rentner, Studenten, Berufseinsteiger und junge Familien).“

Im Konzept wird ausgeführt, dass „Haushalte mit nur geringfügig höherem Einkommen bisher nicht explizit berücksichtigt werden. In Halle mit einem hohen Anteil an Niedriglohn-Branchen (Call-Center, Logistik) und mit Studenten und Absolventen dreier Hochschulen ist davon auszugehen, dass der Anteil solcher Haushalte nicht gering ist. Eine Nettokaltmiete gemäß KdU-Richtwert plus 20 Prozent entspricht für das Jahr 2017 der Durchschnittsmiete in der Stadt Halle (Saale) und kann als sozialverträglich für solche Bedarfe angesehen werden.“

Unser Antrag soll sicherstellen, dass jetzt endlich mal „Butter bei die Fische gemacht wird“. Und wenn das so nicht durchgeht, dann müssen wir schärfere Mittel anwenden. Diese Angabe ist selbstverständlich ohne Gewähr.